

## Wie weiter mit den Protesten gegen Sozialabbau und den Angriffen auf die Tarifverträge?

Nach den beeindruckenden Demonstrationen am 3. April haben die Gewerkschaften ca. 1 Monat gebraucht, um zu entscheiden, wie es weiter gehen soll. Außer einer Unterschriftensammlung und vereinzelt Aufrufen (ver.di) zu Herbstaktionen war nicht viel zu vernehmen. Dass die Unterschriftensammlung (Arbeitnehmerbegehren bei der IGM) nicht gerade mit großer Begeisterung aufgenommen wird, hat nichts mit mangelnder Mobilisierungsbereitschaft oder Interesse der Mitglieder zu tun, wie hier und da zu hören ist. Vielmehr sehen die meisten Kollegen/innen darin nicht gerade eine angemessene Weiterentwicklung der Proteste, wenn im Frühjahr bereits 500 000 auf der Straße gestanden haben. Die so

gewollt oder ungewollt eingeleitete Sommerpause wurde jäh durch die Montagsdemonstrationen unterbrochen, die im Osten zu einer Volksbewegung geworden sind (nicht so im Westen). Mit den Montagsdemos wurde das geleistet, was die Gewerkschaften nicht gemacht haben, nämlich die Zuspitzung auf wenige Forderungen (hier Hartz IV) mit

dem Ziel, die Bundesregierung zur Rücknahme zu zwingen. Überrascht von den Demonstrationen mussten einige - wenn auch völlig unzureichende - Zugeständnisse gemacht werden.

Nach wie vor können sich die Gewerkschaften zu einem entschlossenen Widerstand gegen die Agenda 2010 nicht durchringen, wenn es auch Unterschiede zwischen den verschiedenen Gewerkschaften gibt. Die Gewerkschaftslinker hat die klare Aufgabe, innergewerkschaftlich auf Gegenwehr zu orientieren und diese praktisch mit den Kräften der sozialen Bewegungen zu organisieren. Die von der bundesweiten Konferenz gegen Sozialschlag mit getragenen Herbstaktionen (s. Aufruf S. 14, Info 2/2004) bilden dafür eine gute Grundlage.

Im Vordergrund muss dabei die Verbindung zwischen Sozialabbau und den Angriffen auf die Tarifverträge stehen. Deshalb ist der Aufruf „Gemeinsam gegen Sozial- und Tarifabbau!“ geeignet diesen Zusammenhang her zu stellen. Insbesondere im Westen reicht der Focus auf Hartz IV zur Mobilisierung nicht aus. Deshalb müssen

die anderen Felder des Sozialabbaus (Praxisgebühren, Zuzahlungen, Absenkung der Renten, usw.) erneut aufgegriffen und mit den Angriffen auf die Tarifverträge (Arbeitszeitverlängerung, Absenkung der Löhne- und Gehälter) verbunden werden. Wird das getan, können wir auch in der Lage sein betriebliche Aktionen durchzuführen. Auch die Frage der Umverteilung von oben nach unten (Vermögenssteuer, Kapitalbesteuerung, usw.) muss als Forderung offensiv vertreten werden. Dort, wo die Gewerkschaftsführungen dauerhafte Unentschlossenheit demonstrieren, kann dem am wirkungsvollsten durch eigenständiges Handeln der Basisgruppen begegnet werden.

**Bernd Riexinger**

## Kapitulation und Kosmetik - oder Klassenkampf?

Alle Zahlenreihen weisen nach oben außer den Massen-einkommen und den Steuern für Unternehmen und Millionäre: Die Profite sehr vieler Unternehmen, die Dividenden der Aktionäre, die Gehälter und Bonuszahlungen der Manager der Export-überschuss, die Zahlen der Erwerbslosen, der Sozialhilfeempfänger, der unter der Armutsgrenze Lebenden, der Obdachlosen, der Straßenkinder, die Sozialbeiträge der Arbeitenden und Rentner, die Preise für Lebensmittel und Alltagsbedarf, die Wochenarbeitsstunden.

Nur die Löhne und Sozialleistungen sinken - schon nominal und natürlich noch mehr real. Es sinken auch die Wahlbeteiligung und die Zahl der SPD-Wähler.

Die Wahlversprechen von Gerhard Schröder und Joschka Fischer sind längst vergessen. Statt dessen erheben Wolfgang Clement und die Unternehmersprecher Dieter Hundt und Michael

Rogowski immer weitergehende Forderungen auf Sozialabbau, Arbeitszeitverlängerung, Lohnverzicht, Kürzung von Urlaub und Urlaubsgeld. Clement „bietet“ 1-Euro-Jobs, was vielleicht der Weg zur Zwangsarbeit für Langzeiterwerbslose ist. Rogowski will den faktischen Ausstieg der Unternehmer aus der Sozialversicherung. Offensichtlich ist:

1. Die Kapitalisten wollen Arbeitslosigkeit, um die Löhne zu drücken.

2. Unsere (erzwungene) Bescheidenheit führt nicht zu Arbeitsplätzen und Konjunktur.

3. Die „soziale Marktwirtschaft“ - richtig: der Kapitalismus - zaubert keine Konjunktur herbei; aber er nutzt die tiefe Krise, solange die Gegenwehr der Werktätigen fehlt, zu einer großen, konzentrischen Kapitaloffensive, zu einem Generalangriff auf unseren Lebensstandard.

4. Es gibt keinen gezähmten, krisenfreien Kapitalismus.

5. Die „rot-grüne“ Regierung - im Wechselspiel mit der CDU/CSU - führt ihre Sozial und Wirtschaftspolitik voll im Unternehmerinteresse. Es besteht faktisch eine grosse Koalition gegen die Werktätigen und Rentner.

Die Mehrheit der Gewerkschaftsführungen hat bisher keinen Widerstand gegen den Sozialabbau - „Reform“ genannt - organisiert; vielmehr haben sie den lokalen Widerstand behindert. Und Klaus Zwickel, damals noch Vorsitzender der IGM, ist den ostdeutschen Streikenden in den Rücken gefallen. Bei allen Tarifverhandlungen der jüngsten Zeit haben sie übergrosse Bescheidenheit gezeigt, haben den Unternehmerstandpunkt verinnerlicht, haben zugelassen, daß die Tarifverträge und die hart

erkämpfte 35-Stundenwoche aufgeweicht, daß in den Damm immer mehr Löcher gebohrt wurden. Die Kampfbereitschaft der Arbeitenden wurde nicht genutzt. Das Nachgeben wurde zum Erfolg schöneredet und in einer Hochglanzbroschüre gepriesen. Der großzügige Gehaltsverzicht einiger Top-Manager wurde als Erfolg verkauft; von ihren Riesengehältern wollen einige auf 4 Prozent verzichten. Das gilt ebenso für den Sozialabbau der Regierung: Kleinste Korrekturen wurden zu großen Opfern der Regierung erklärt.

Tatsache bleibt: Die Regierung bleibt bei ihrem Sozialkahlschlag, will ihn weitertreiben. Alle „Gespräche“ des DGB mit Schröder und Clement endeten ohne jede wirkliche Konzession; Schröder bleibt hart: „Es gibt keine Alternative“. Dagegen formiert sich endlich Widerstand, zuerst im Osten, nun auch im Westen. Die großen Demonstrationen im Osten, 1989 im Westen begeistert gelobt, werden 2004 verketzert, als unnütz bezeichnet, kleingeredet. Noch immer lehnt die Regierung es ab, die Massenstimmung und Wut zur Kenntnis zu nehmen. Auch für die erneute schwere Wahlniederlage der SPD im Saarland und die Wahlenthaltung von 45 Prozent wurden Sündenböcke gefunden. Für die Profitmehrung des deutschen Kapitalismus ist die Schröder-Troika bereit, die SPD zu

zerstören, in der es keinen organisierten Widerstand gibt, nur Massenaustritte. Auch eine Abwahl 2006 wird Schröder sehenden Auges hinnehmen.

Die IGM ist bei Siemens und DaimlerChrysler eingeknickt, hat in Stuttgart auf die Einhaltung des wenige Monate alten Tarifvertrages verzichtet, hat eine Lohnsenkung ab 2006 akzeptiert, längeren Arbeitszeiten zugestimmt, obwohl die Daimler-Belegschaft - gut organisiert - kampfbereit war. Die IGM redet von einem Erfolg;



in der Süddeutschen Zeitung (25./26.8.) spricht N. Piper die Wahrheit aus: „Der Kompromiss von Stuttgart bedeutet einen fast vollständigen Sieg für den Chef Jürgen Schrempf.“ Nach dem Sieg bei Siemens haben allein in Bayern 190 Metall- und Elektroindustrie-Betriebe plötzlich alle die gleichen Probleme und Pläne: Angeblich sinken die Profite, die Lohnkosten verhindern die Wettbewerbsfähigkeit; also müsse man die Produktion in Billiglohnländer auslagern. Jüngstes Beispiel: VW Wolfsburg - also Erpressung bundesweit.

Die ersten großen Protestdemonstrationen Ende Juli begannen spontan im Osten, waren örtlich begrenzt; Bald fanden sie montags in 220 Orten statt. Der DGB-Bundesvorstand lehnt es ausdrücklich ab, diese zu unterstützen, überlässt die Entscheidung den Landesbezirken; von Führung und Organisation ist keine Rede. Die Veranstalter haben mancherorts eine fragwürdige Position bezogen: Die PDS war nicht erwünscht, aber die Nazis waren zugelassen. Das ist falsch und gefährlich. Jeder Werktätige muß zum Mittun aufgefordert werden;

aber die NPD und alle anderen rechten Gruppen und Organisationen müssen unbedingt von unseren Demos ferngehalten werden. Denn sie entfalten eine rege Aktivität mit sehr gefährlichen Parolen und gefährlichen Folgen. Einer dieser Slogans lautet: „Für Volksgemeinschaft - gegen Abzocke!“ Dabei sind es deutsche Kapitalisten und Unternehmer, die die Abzocke betreiben. In Trier hatte die NPD am 11. September eine Mahnwache mit einer anderen rassistischen Parole: „Keine Einwanderung ins soziale Netz - Sozialabbau

beenden!“ Die NPD hat ferner ihre Initiative ähnlich benannt, wie die der Gewerkschaftslinken. Sie nennt sich: Initiative gegen Sozialabbau und Einwanderung ins soziale Netz.

Die Neonazis wollen die Wut gegen unsere deutschen Kapitalisten gegen unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen wenden, die genau so betroffen sind wie wir, statt gegen unsere Klassegegner und deren Bundesregierung. Die Linke muß alles daran setzen, die Demos zu bündeln, zu verstetigen und sie von Rechtsradikalen freizuhalten, den Druck auf die Regierung zu erhöhen und der Bewegung eine klare antikapitalistische Zielrichtung zu weisen. Die Agenda 2010 ist ein Verbrechen gegen die Werktätigen und ihre Organisationen und führt zur Verarmung und Verelendung immer breiterer Schichten in Deutschland.

**Theodor Bergmann**

## SPD und Gewerkschaften: Ende der Gemeinsamkeit?

1. In der Geschichte von SPD und Gewerkschaften waren die gemeinsamen politischen Schnittmengen noch nie so gering wie heute. In gleichem Maße wie die SPD sich in ihrer Regierungspraxis auf neoliberale Politik festlegte und dabei ihren früheren verbalen Reformanspruch ins Gegenteil deformierte, war die Konfrontation mit den Gewerkschaften vorgezeichnet. Nicht weil es unbedingt das gewerkschaftliche Führungspersonal so wollte, sondern weil die aktive Minderheit der Mitglieder gemeinsam mit der außerparlamentarischen Bewegung diskutierte und demonstrierte. Das Dilemma der SPD ist jetzt, dass sie die ihr vom Kapital zugeordnete Funktion, die Gewerkschaften in Schach zu halten, ihre Bindekraft, zu verlieren droht und sie deshalb bereit zu taktischen Zugeständnissen zu sein scheint.

2. Die Gewerkschaften waren nie eine eigenständige politisch gesellschaftliche

Kraft. Sie waren politisch weitgehend durch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) dominiert. Dies ist nicht nur aus den politischen Programmen ablesbar, sondern gilt auch in vielerlei Hinsicht für die praktische Arbeit. Die etappenweise Rücknahme von politischen Positionen bezieht sich auf Forderungen nach einer sozialistischen

Gesellschaft, Reduzierung auf reformistische Positionen, Akzeptanz eines regulierten (gebändigten) Kapitalismus durch eine „Soziale Marktwirtschaft“. Heute wird die kapitalistische Produktionsweise nicht mehr gewerkschafts offiziell thematisiert, geschweige denn analysiert und schon gar nicht in Frage gestellt. Die gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzungen um die Höhe der Löhne, soziale Sicherheit und gewerkschaftliche Autonomie werden nicht als Klassenkämpfe definiert. Vielfach werden die Folgen für die abhängig Beschäftigten als Managementfehler und falsche politische Entscheidungen erklärt. Nicht die im Kapitalismus immanent enthaltenen Widersprüche, sondern unhinterfragte parteipolitische (Fehl-)Entscheidungen werden für den steigenden Reichtum weniger und die wachsende Armut vieler verantwortlich gemacht.

Freilich ist die Abnabelung von der SPD nicht einfach. Der entpolitisierte, theorielose und damit perspektivlose Zustand verhindert eine schnelle Findung einer inhaltlichen politischen Selbständigkeit. Die Vernachlässigung der gewerkschaftspolitischen Bildungsarbeit, die schlampig geführte Diskussion um das letzte Grundsatzprogramm des DGB, das diesen Namen nicht mehr verdient, die Versuche, die betriebliche Gewerkschaftsarbeit als Konflikt- und Co-Management

zu definieren, sind nur einige Stationen, die den heutigen Zustand herbeiführten.

3. Der Widerstand gegen den Abbau der sozialen Sicherungen ist nicht ohne Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder und darüber hinaus der breiten Bevölkerung möglich. Wer sich außerstande sieht, die Übergriffe des Kapitals zu verhindern, wird sich schon gar nicht in der Lage sehen, durch offensive Forderungen glaubwürdig die Lage der abhängig Beschäftigten zu verbessern und den Einfluss des Kapitals zurückzudrängen.

So stehen die Gewerkschaften vor einem Scheideweg: Bleiben sie bei ihrer bisherigen Haltung, nur in Abhängigkeit von der erklärten Politik der Sozialdemokraten oder anderer parlamentarischer Parteien zu agieren, schreiben sie also ihre Vergangenheit in die Zukunft fort, oder praktizieren sie das, was sie schon immer vorgegeben, aber nie realisiert haben, nämlich eine autonome politische Kraft zu sein, als solche Druck auf den Staat auszuüben.

Liebe Kollegin,  
lieber Kollege,  
heute erhältst Du die dritte Ausgabe des Infos der Gewerkschaftslinken. Bitte teile uns baldigst Deine e-mail-Adresse mit, damit wir Dir auch die folgenden Ausgaben des Info zustellen können.

Die Herausgeber

*Eine Politik also, die das Kapital selbstverständlich in Anspruch nimmt und von den parlamentarischen Parteien exekutiert wird. Besinnen auf die eigene Kraft heißt Widerstand zu organisieren, heißt ein gewerkschaftliches Selbstverständnis entwickeln, das die kapitalistischen Verhältnisse zwar als Realität zur Kenntnis nimmt, sie aber nicht anerkennt, sondern sie zu überwinden trachtet.*

*4. Dies wird mit der SPD auf unabsehbare Zeit nicht zu machen sein. Nicht nur die Wahlergebnisse zeigen: Sie ist nicht das kleinere Übel gegenüber dem größeren, der Regierungsübernahme durch die Konservativen, sondern dessen Vorbereitung. Selbst wenn die SPD als zukünftige parlamentarische Oppositionspartei sich wieder verbal radikalisiert wird - was zu vermuten ist -, ihre Glaubwürdigkeit als arbeiterorientierte Partei ist verloren gegangen.*

*Dagegen ist die konstruktive Mitarbeit der Gewerkschaften in der sich entwickelnden außerparlamentarischen Bewegung - mitgestaltend, ohne dominieren zu wollen - eine aussichtsreiche Anfangsperspektive. Immerhin gibt es dort, im Unterschied zum gewerkschafts-offiziellen Verharren im Kapitalismus eine Vision: „Eine andere Welt ist möglich“ und notwendig.*

**Ewald Wehner**

## **Die Auseinandersetzung bei DaimlerChrysler Ausgangslage, Verlauf, Ergebnis und politische Bewertung**

*Im Juli 2004 führten die Erpressungsversuche des Vorstands von DaimlerChrysler zu einer breiten Mobilisierung der gesamten Konzernbelegschaft. Der Vorstand hatte angedroht, trotz ökonomisch guter Situation des Konzerns, Arbeitsplätze in grossem Umfang zu verlagern, sollte die Belegschaft nicht bereit sein, Verzicht in Höhe von mindestens 500 Millionen Euro zu leisten. Die Gesamtbelegschaft zu mobilisieren und sich nicht Werk für Werk einzeln abkassieren zu lassen, war eine richtige Entscheidung des Gesamtbetriebsrats. Die damit entwickelte Kampfkraft war gigantisch und hatte die Öffentliche Meinung gegen die erpresserischen Praktiken der Abzocker in den Unternehmensvorständen umschlagen lassen. Die Weiterentwicklung und Verbreiterung dieser Mobilisierung war eine realistische Option. Doch diese Option wurde nicht genutzt. Mit einer Vereinbarung am 23.7.04 wurde die Auseinandersetzung beendet, begleitet von unterschiedlich starker Kritik an der Basis in den verschiedenen Daimler-Betrieben. Doch selbst dort, wo Kritik besonders deutlich artikuliert wurde, ist heute von Resignation nichts zu spüren. Die gemeinsame Erfahrung von Stärke und Kampfkraft bleibt als Wert an sich in den Köpfen und Herzen –*

*unabhängig von der Bewertung des Ergebnisses.*

### **Das Ergebnis**

*Vorstand und Gesamtbetriebsrat haben vereinbart, \* daß bis 31.12.2011 auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet wird und daß die vorher vom Vorstand in Frage gestellte Investition für verschiedene Produktlinien einzelner Werke jetzt stattfindet. Was aber nicht heißt, das die Zahl der Arbeitsplätze garantiert wird, die es heute gibt. Personalabbau mit andern Mitteln ist also nicht ausgeschlossen, der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen gilt auch nur für den Teil der Belegschaft, der vor Vertragsabschluss an Bord war.*

*\* Im Gegenzug hat der GBR ein Kostensenkungspaket in der Höhe akzeptiert, wie es der Vorstand von Anfang an gefordert hatte: Einsparung von 500 Mio. Euro. Dazu gehört z.B. eine Absenkung der Lohnlinie ab 2006 um 2,79%, d.h. also: Lohnkürzung. Und das in einem Konzern, der derzeit wegen seiner hohen Profite trotz aller Schlupflöcher wieder Gewerbesteuer zahlen muss. Diese Lohnsenkung wird 2006 noch nicht im Geldbeutel spürbar sein, weil in diesem Jahr Einmalzahlungen, die im ERA-Tarifvertrag festgelegt*

worden sind, in genau dieser Höhe fällig werden.

\* Bereits im Frühjahr 2004 war der Firma vom GBR in Aussicht gestellt worden, in Entwicklungs-, Planungs-, Forschungs- und Zentralbereichen bis zu 100% 40 Stunden-Verträge zu ermöglichen. Davon betroffen wären rund 20000 Beschäftigte. Nachdem dieses Vorhaben nach heftigem Widerstand an der gewerkschaftlichen Basis vorerst auf Eis gelegt war, wurde es nun gewissermaßen "Huckepack" im Paket mit vereinbart. Der Weg zur weiteren Arbeitszeitverlängerung in diesen Bereichen ist damit allen Beschwichtigungen zum Trotz weiter geebnet worden.

\* Auch für die sogenannten "Dienstleistungsbereiche" wurde eine stufenweise realisierte Arbeitszeitverlängerung auf 39 Stunden vereinbart, im Gegensatz zu o.g. Bereichen aber unbezahlt. Das bedeutet Stundenlohnkürzung um rund 10%, plus eine Lohnliniensenkung ab 2006 um 3%. Dafür sollen die entsprechenden Bereiche, für die Werk für Werk noch

Betriebsvereinbarungen geschlossen werden müssen, vom Unternehmen nicht fremdvergeben werden. Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerung wird somit von den verantwortlichen Verhandlungsführern allen Ernstes als Instrument akzeptiert, um Fremdvergabe zu verhindern. Wer dieser Logik folgt und solche Vereinbarungen macht, bringt

die Gewerkschaften praktisch und politisch auf eine so schiefe Ebene, daß es ständig schwerer wird, Haltepunkte gegen die aggressive Politik der Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung zu finden.

\* Ab sofort gilt für alle Neueingestellten und nach der Ausbildung übernommenen KollegInnen ein um 20% abgesenkter Einstell-Lohn. Auch nach der ERA-Einführung 2007 soll ihr Lohnniveau dauerhaft um 8% niedriger liegen als bei der bisherigen Stamm-Belegschaft. Zum Lohnverzicht für die bisherige Stammbelegschaft kommt also künftig die zusätzliche 8%ige Lohnabsenkung für alle seit Vertragsunterzeichnung neu eingestellten KollegInnen. "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", eines der elementarsten gewerkschaftlichen Prinzipien, wird damit bei DC abgehakt.

Über die Signalwirkung dieses Abschluss nach außen braucht man sich keiner Illusion hinzugeben. Die Botschaft lautet: "Erpressung lohnt sich". Und sie wird offenbar von den Unternehmern landauf landab auch so verstanden. Die Erklärungen der Verhandlungsführer auf GBR- und IG Metall-Seite in die eigenen Reihen hinein, mit diesem Abschluss sei der Angriff auf die Tarifverträge abgewehrt worden, erinnert ans Singen im dunklen Wald. Wenn das Handelsblatt titelt: "DC-Abschluss setzt Autoindustrie unter Druck" dann drückt dies leider kein Defizit der Journalisten beim Verstehen des komplizierten Vereinbarungspakets aus, wie jetzt

öfter argumentiert wird, sondern deren klares Verständnis von der Dynamik, die solche Abschlüsse auslösen.

**"Mehr war nicht drin, KollegInnen!" Wirklich?**

Die politische Einordnung des Kampfes bei DaimlerChrysler muss neben der Bewertung der Vereinbarungsinhalte und ihrer Aussenwirkung noch weitere Faktoren miteinbeziehen. Zuerst die Frage, ob die Kräfteverhältnisse nichts Besseres erlaubt haben? Zwar würde die Mehrzahl der Betriebsräte bei DC dies so sehen. Dem wäre aber entgegenzuhalten: selten hat es eine Mobilisierung dieser Stärke, die bis zum Abschlusstag am Wachsen war, und nie eine derart scharfe Konfrontation im Empfinden der KollegInnen gegen die Konzernspitze gegeben. Mit dieser Belegschaft hätten diese Auseinandersetzungen noch länger und schärfer geführt werden können, das "Ende der Fahnenstange" war noch längst nicht erreicht. Dieser Zorn hatte dazu ein ausgesprochen politisches Potential. Er drückte die ganze Wut darüber aus, wie ArbeiterInnen und Angestellte im Betrieb und von der Politik behandelt werden, vom täglichen Druck im Betrieb bis zur Agenda 2010. Die Mobilisierungs- und Kampfbereitschaft war auch nach 4 Wochen voller Aktionen längst nicht am Ende, sondern ausbaufähig. Und sie hätte verbunden werden können zu einer breiten gemeinsamen (mindestens regionalen!) Mobilisierung weit über die Betriebsgrenzen hinaus: Kaum ein Betrieb, dessen

*Belegschaft nicht ebenfalls mit Verzichtsforderungen konfrontiert war, und wo die KollegInnen ermutigt auf die Aktionen der Daimler-Belegschaften schauten. Nach dem 3. April, mit 500000 Menschen auf der Strasse, war das Presseecho eindeutig: "die Gewerkschaften sind wieder da!". Die Mobilisierungen bei DC hätten ein Ansatzpunkt sein können, um daran anzuknüpfen und Schritte aus der Defensive zu beginnen. Nicht mit Kugelschreiber und Unterschriftensammlung in der Hand lässt sich die breite, aber meist passive Ablehnung von ‚Verzicht im Betrieb‘ und ‚Sozialabbau in der Gesell-*

*genutzt zu haben wiegt ebenso schwer wie das Verhandlungsergebnis selbst.*

*Gegen die Kräfte in der IG Metall, die für die IG Metall keine Zukunft als Juniorpartner des Kapitals im Stil der IG BCE sehen, deshalb für eine kämpferisches Gegenmachtkonzept eintreten und die DC-Vereinbarung (wie in diesem Artikel) öffentlich kritisieren, wird im DaimlerChrysler Werk Untertürkheim zunehmend repressiv vorgegangen. Rund 70 Vertrauensleute und*

*Delegierte der IG Metall aus dem Werksteil Mettingen des Untertürkheimer Werks haben deshalb den hier dokumentierten Brief geschrieben.*

**Tom Adler**

*Siehe auch Debatte hierzu im labournet und der Zeitschrift „Sozialismus“*



*schaft‘ zum aktiven, praktischen und wirkungsvollen Widerstand wenden und politisch festigen – sondern aus solchen Situationen heraus: wo Massen in Bewegung sind, Herzen auf Seiten der Gewerkschaften schlagen und Köpfe frei zum Denken von viel weiterreichenden Alternativen werden! Diese Chancen nicht*

An  
Helmut Hartmann IGM ES  
Ilona Dammköhler IGM ES z.Kts.: - Mitglieder des Ortsvorstands  
- Delegierte/stv. Delegierte

Betr.: Euer Brief an die ordentlichen und stv. Delegierten von DC Mettingen vom 28.7.2004

Lieber Helmut, liebe Ilona,  
Wir sind ganz wie Ihr der Meinung, dass wir bei DaimlerChrysler im Juli eine Auseinandersetzung erlebt haben, wie sie noch nie da gewesen ist. Die Angriffe des Vorstands reihen sich ein in die zwischen Unternehmern und der Berliner Allparteienkoalition koordinierten Attacken auf hart erkämpfte Arbeitnehmerrechte.

Einzigartig macht diesen Kampf allerdings vor allem die Kampfbereitschaft und der Kampfwille unserer Kolleginnen und Kollegen. Unsere spektakuläre Aktion auf der B10 ist dabei ein absolutes Highlight. Sie hat erheblich dazu beigetragen, unseren Kampf in den Medien an herausragender Stelle zu platzieren.

Lasst euch deshalb an dieser Stelle folgendes sagen:

1. Dass die Mettinger B10-Demo bei ihrem Einmarsch auf dem Karl-Benz-Platz nicht einmal begrüßt wurde, empfinden wir und die Kollegen als enttäuschend. Landauf landab ist unsere Aktion in der Bevölkerung und in den Betrieben nämlich mit großer Sympathie aufgenommen worden. Wir hätten vorher wenigstens augenzwinkernde Unterstützung und hinterher ein kleines bisschen Anerkennung erwarten können.

2. Die Mobilisierungsbereitschaft hat tatsächlich alles übertroffen, was wir hier bisher erlebt haben. Unsere Möglichkeiten waren noch längst nicht ausgeschöpft: wir waren am Anfang, nicht am Ende mit unseren Steigerungsmöglichkeiten. Wir sind deshalb der Meinung, dass ein deutlich besseres Verhandlungsergebnis durchsetzbar gewesen wäre, wenn diese Kampfbereitschaft mutiger genutzt und weiterentwickelt worden wäre! Die „klare Mehrheit“ der Metaller steht ohne Zweifel grundsätzlich hinter der IG Metall und dem Betriebsrat.

Ob sie allerdings deshalb dieses Ergebnis als Erfolg bewertet, steht auf einem ganz anderen Blatt. Woher Ihr das so sicher wisst, ist für uns nicht nachvollziehbar – wir an der Basis haben jedenfalls nicht den Eindruck!

3. Anders als Ihr behauptet, hat es bei uns im Betrieb kein „demokratisches Ringen um die richtigen Lösungen“ gegeben, nicht vor dem Beginn der Verhandlungen, nicht während, nicht danach. Die Verzichtangebote an den Vorstand waren vom GBR bereits gemacht, bevor irgendeine Diskussion im Vertrauenskörper überhaupt begonnen hatte. Von den Mitgliedern gar nicht zu reden. Die einzige Vollversammlung, die es gab, hatte keine Chance mehr, Einfluss zu nehmen.

4. Deshalb habt ihr auch überhaupt keinerlei Berechtigung, auf Vertrauensleuten und Betriebsräten herumzuhacken, die den Abschluss kritisieren. Die IG Metall schwächt, wer von oben nach unten seine Politik durchdrückt, nicht diejenigen, die das kritisieren. Die Gewerkschaftsbewegung ist stark geworden gerade mit offener und kontroverser Diskussion und mit kämpferischen Aktionen, wie wir Mettinger sie gemacht haben. Dies als „Alleingänge“ zu verurteilen, finden wir reichlich abwegig.

Wenn es für die Entwicklung gewerkschaftlicher Gegenmacht nötig und sinnvoll ist, werden wir dies immer wieder tun – für eine starke, durchsetzungsfähige, kämpferische IG Metall!

Im September 2004

Reiner Böhmerle(Del.), Serkan Senol(Del.), Gospava Ostojic(Del.), Martin Bott(Del./VKL), Roland Heide(Del.), Mi-guel Revilla(Del.), André Halfenberg(Del./VKL), Fritz Patig(Del./VKL), Markus Messing(Del.), Yüksel Bozkurt(Del.), Michael Clauss(Del.), Hans-Juergen Butschler(Del.), Thomas Adler(Del.), Siegfried Heinrich(stv.Del.), Robert Zieh-freund(stv.Del.), Michael Ade(VM), Gerhard Buchstaller(VM), Karl-Heinz Genzel(VM), Denis Reichelt(VM), Wolfgang Grau(VM), Sevgi Yazici(VM), Alexander Dittel(VM), Dario Terisacco(VM), Erwin Pfister(VM), Rolf Traut-mann( VKL), Franz Lang(VM), Michael Schulze(VM), Michael Dargel(VM), Gerhard Deuschle(VM), Siegfried Ram-ser(VM), Werner Miekautsch(VM), Erwin Trenczek(VM), Mathias Janssen(VM), Frank Gerspach(VM), Eugen Ba-der(VM), Siegfried Jakob(VM), Daniel Kiric (VM), Heiko Wczeniak(VM), Drazen Kosak(VM), Jürgen Nothacker (VM), Marinko Cavar(VM), Uwe Berberich(VM), Mehmet Paker(VM), Adil Karli (VM), Roland Mutzl (VM), Hasan Gürel (VM), Dimitrios Chairizanis(VM), Peter Rössler (VM), Dimitrios Goidas (VM), Süleyman Tasdemir (VM), Johann Braun(VM), Christos Tsompanidis,Adriano Molinari (stv.Del./VM), Martin Ün (VM), Peter Hoffmann (VM), Safet Kusturica(VM), Alexander Müller (VM), Waldemar Schleicher (VM), Siegfried Baia-Lang (VM), Uwe Plieninger(VM), Tiberio Lapergola (VM), Yusuf Lort (VM), Stefan Jung (VM), Marjan Mak (VM), Aris Chiliopoulos(VM), Dusko Mijakovic (VM), Joachim Gafke (VM), Bektas Akkus (VM), Cevik Sezai (VM), Norbert Matzek (stv.Del./VM), Frank Zannetin(stv.Del/VM), Francisco Ardila(stv.Del./VKL), Dimitrios Charizanis(stv.Del./VM)-

## Zum Tarifabschluss bei Siemens Kamp-Lintfort und Bocholt

So schnell wie befürchtet erweist sich der Abschluss des Ergänzungsstarifvertrages für die Handy-Produktion von Siemens in Bocholt und Kamp-Lintfort als eine schwere Niederlage für die Gewerkschaft und als Dammbbruch. Die unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche und die zusätzlichen Lohnkürzungen sind ja nicht einmal bei einem Mittelständler erfolgt, dem das Wasser bis zum Hals steht, sondern bei einem Konzern der im Geld schwimmt. Landauf, landab folgen nun andere Siemens-Betriebe und andere Unternehmen dem Siemensbeispiel und verhandeln mit den Betriebsräten und der IG Metall über Ergänzungsstarifverträge. Der Tarifvertrag aus dem Frühjahr 2004 selbst macht es möglich. Erstmals ist eine Öffnungsklausel vereinbart worden, die zur "nachhaltigen Verbesserung der Beschäftigungsentwicklung" vorsieht, dass "einvernehmlich befristet von tariflichen Mindeststandards abgewichen" werden kann (Tarifvereinbarung zwischen IGM Bezirk Bayern und VBM, §2, vom 16.2.2004). Das war der Sündenfall.

Jetzt berufen sie sich auf den Tarifvertrag, auf Kamp-Lintfort und setzen die gleichen Druckmittel ein: das Spiel mit der Angst um den Job und die Drohung mit der Verlagerung der Arbeitsplätze in Niedriglohnländer. Und die Belegschaft in Bocholt und Kamp-Lintfort wird in zwei Jahren wieder vor dem

gleichen Problem stehen. Nur wird es dann um die Einführung der 42- oder 45-Stundenwoche gehen. Und die Beschäftigten in Ungarn werden auf rumänische Arbeitsbedingungen gedrückt.

Dieser Tarifabschluss wird die Krise der Gewerkschaft weiter vertiefen, es sei denn, es werden die richtigen Schlussfolgerungen gezogen. Dabei geht es nicht darum, die Verantwortlichen für den Tarifabschluss oder gar die Belegschaften von Bocholt oder Kamp-Lintfort zu beschimpfen. Wir brauchen eine solidarische und kritische Diskussion.

Man kann nicht behaupten, dass ein besseres Ergebnis auf jeden Fall möglich gewesen wäre. Denn die Zeit ist vorbei, wo soziale Kämpfe nahezu gesetzmäßig zu einer Verbesserung der Sozialleistungen und zur Stärkung der Verhandlungsposition der Gewerkschaften geführt haben. Selbst für die Verteidigung von in der Vergangenheit erkämpften Errungenschaften sind heute härteste Kämpfe mit offenem Ausgang notwendig. Die zurückliegenden Jahre zeigen, dass der heutige Kapitalismus inkompatibel mit sozialen Zugeständnissen ist. Jeder Cent Gehalt, jede Minute Arbeitszeit, jede soziale Errungenschaft der Vergangenheit muss heute gegen die Logik des grenzenlosen Kapitalismus verteidigt werden. Siemens, früher Aushängeschild der „Sozialpartnerschaft“, macht allen klar: die alten Zeiten

sind endgültig vorbei. Die Unternehmer setzen auf Konfrontation und sind zum offenen Klassenkampf zurückgekehrt. Wir werden soziale Rechte nur noch erhalten können, wenn wir konsequent alle unsere Kräfte mobilisieren.

Wir werden uns auch auf weitere Niederlagen einstellen müssen. Betriebliche oder tarifpolitische Erfolge werden die Ausnahme sein. Dass diese Ausnahmen möglich sind, zeigen betriebliche Auseinandersetzungen, aber auch v.a. Kämpfe wie der der Hafentarbeiter Europas. Mit europaweiten Streiks haben sie eine Richtlinie der Europäischen Union zu Fall gebracht, die zu Arbeitsplatzvernichtung und Lohndumping in Europas Häfen geführt hätte.

In einem fünfwöchigen Streik hat die Belegschaft beim Rolltreppenhersteller Otis eine umfangreiche Regelung zum Ausgleich für den Verlust des Arbeitsplatzes erkämpft. Otis verlagert die Produktion nach Tschechien.

Oder Fiat. Trotz der Drohung, das Werk nach Osteuropa zu verlagern, haben die Zehntausend Beschäftigten im süditalienischen Melfi über mehrere Wochen das Werk besetzt, Straßen und den Flughafen blockiert. Sie waren erfolgreich und haben humanere Arbeitszyklen und höhere Löhne erreicht.

*Das ist bei uns in Deutschland, und erst recht bei Siemens nicht möglich? Noch nicht. Aber wir müssen schneller von anderen lernen; sonst werden wir im gnadenlosen Monopoly der Konzerne untergehen.*

*Ein besseres Ergebnis bei Siemens wäre wahrscheinlich nur mit einem betriebsübergreifenden Arbeitskampf möglich gewesen. Aber eine Niederlage als Erfolg zu werten, wie es der Zweite Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber macht, das ist die schlechteste Art, sich auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen vorzubereiten. Auch die Rahmenvereinbarung gibt wenig her, um von einem Erfolg zu sprechen. Wer bei diesem Abschluss von einem Erfolg spricht, der muss die IGM-Mitglieder und die Belegschaften schon für sehr dumm halten.*

*Das wirft aber das Problem innergewerkschaftlicher Verhältnisse und eines Politikverständnisses auf, das die Mitglieder nur als Manövriermasse betrachtet.*

*Denn noch am 14. Mai ist von der Siemens-Konferenz der IGM mit 400 Betriebsräten, VK-Leitern und örtlichen IGM-Funktionären die Botschaft ausgegangen: Nachgeben ist keine Lösung. Wir lassen uns nicht erpressen. Selbst die Belegschaften in Kamp-Lintfort und Bocholt sind vor vollendete Tatsachen gestellt worden.*

*Spätestens jetzt müsste auch den Gewerkschaftsführungen klar*

*sein: Die Gegenwehr muss betriebs- und gewerkschaftsübergreifend organisiert werden. Mit dem bundesweiten Aktionstag am 18. Juni haben die Siemens-Belegschaften die richtigen Zeichen gesetzt. Das war etwas Neues und ein richtiger Weg, gemeinsam gegen die Pläne des Konzerns vorzugehen, auch in der Verantwortung gegenüber anderen Belegschaften. 25.000 waren noch zu wenig und die Aktionsformen dem Problem noch nicht angemessen. Aber es war ein Anfang. Weitere "Aktionstage" hätten auf die gesamte Metallindustrie ausgedehnt, die Belegschaften von Bosch, DaimlerChrysler, Opel, .. mit einbezogen werden müssen, weil es um die gemeinsame Sache geht. Es sind noch längst nicht alle Mittel ausgeschöpft gewesen.*

*Die 35-Stundenwoche ist mit einer breiten gesellschaftlichen Bewegung und mit Streik erkämpft worden. Die gleichen Mittel werden zu ihrer Verteidigung notwendig werden. Die 35-Stundenwoche ist von der gesamten Gewerkschaftsbewegung erkämpft worden. Es darf nicht sein, dass jetzt einzelne Funktionäre oder einzelne Betriebe die Tore aufmachen für eine Rückkehr zur 40-Stunden-woche.*

*Wenn die Unternehmen die Verlängerung der Arbeitszeit und die Senkung der Löhne mit der Drohung der Verlagerung in Niedriglohnländer erpressen, dann nützt es natürlich nichts, die Augen vor den Realitäten der kapitalistischen Globalisierung zu verschließen. Wir*

*müssen vielmehr den Kampf gegen Betriebsverlagerungen intensivieren und verbinden*

- mit dem Kampf um die Kontrolle des Kapitals (das Kapital darf eben nicht "frei" sein, dort hin zu gehen, wo die höchsten Profite winken),
- für wirksame Mitbestimmung der Belegschaften und der Gewerkschaft über Investitionen,
- für staatliche Kapitalverkehrscontrollen,
- für eine staatliche Politik, die sich den Anforderungen der Multis widersetzt und für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und der arbeitenden Klasse Priorität hat.

*Die Gewerkschaften können wieder lebendig und stark werden, wenn sie lebendige und starke Mitglieder haben, die ihre Interessen selbst in die Hand nehmen und sich dafür gewerkschaftlicher Ressourcen bedienen. Dies bedeutet auch, innerorganisatorische Herrschaftsformen zu überwinden, die Mitglieder entmündigen und bevormunden. Die Auseinandersetzung um Arbeitszeit, Arbeitsplätze und mehr soziale Gerechtigkeit wird weitergehen. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, sie zu organisieren.*

**Leo Mayer**

## Hartz, der DGB und die Montagsdemos: Fragebogen oder Widerstand?

*Auf dem Berliner Perspektivenkongress hatte der IGM-Vorsitzende stolz ein Arbeitnehmerbegehren gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung angekündigt. Das, was dann kam, war inhaltlich so schwammig, dass wir Aktive im Betrieb nicht viel damit anfangen konnten. Die Bewegung der Montagsdemos hat mit einem Schlag die Hilflosigkeit der offiziellen Gewerkschaftspolitik deutlich gemacht.*

*Das Arbeitnehmerbegehren wies von vornherein gravierende Schwächen auf: Erstens war bzw. ist die Analyse der herrschenden Politik so wischi-waschi, dass die brutale Umverteilungspolitik von unten nach oben nicht auf den Punkt gebracht wird. Zweitens sind die eigenen Forderungen so unkonkret, dass die KollegInnen keinen Sinn in der Unterschriftensammlung sehen. Drittens ist diese "Aktions"-form keine Steigerung nach den Demos vom 3. April, einem Zeitpunkt also, als wirksamere Aktionen als eine Demo am Wochenende hätten angegangen werden müssen. Und die anderen Gewerkschaften zogen nach, mit Texten, die größtenteils inhaltlich noch schwächer sind.*

*Die Erfahrungen, die wir im Juni und Juli im Bereich der IG Metall machen konnten, offenbarten, dass unser Bemühen, die Arbeitszeitfrage von uns aus in das Begehren reinzupacken – die KollegInnen sollten handschriftlich ihre Vorstellungen hinzufügen – im Sand verlief. Offenbar war der ganze Ansatz zu wenig glaubwürdig.*

### **Gegenwehr jahrelang blockiert**

*Die Gründe für die mangelnde Aktions- und Mobilisierungsbereitschaft der Gewerkschaftsführungen sind auf zwei Ebenen zu suchen.*



*Zum einen haben die allermeisten Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften den Neoliberalismus so weit verinnerlicht, dass die Standortkonkurrenz als der letztendlich entscheidende Handlungsleitfaden akzeptiert wird. Das geht inzwischen so weit, dass bei Rationalisierungsbemühungen großer Konzerne einzelbetrieblich begründete Vorhaben zur Lohneinsparung akzeptiert werden und dann Vereinbarungen zur Aushöhlung des Flächentarifvertrages unterschrieben werden. V. a. der Abschluss beim profitträchtigen Siemenskonzern hat die Kollegen schockiert.*

*"Weiß die Gewerkschaft denn nicht, welcher Stein hier ins Rollen kommt?" Der Abschluss bei DC tat sein Übriges. Wie sollen wir in den Mittel- und Kleinbetrieben bzw. in Unternehmen mit offiziell roten Zahlen dem Begehren der Gegenseite etwas entgegensetzen, wenn diese sowohl auf den Tarifvertrag wie auf die Beispiele von Siemens und DC verweisen können?*

*Zum zweiten hängt die Gewerkschaftsführung politisch zu sehr mit der SPD zusammen und unternimmt alles, um die Kritik an der Regierung nicht grundsätzlich werden zu lassen. Sicher treiben es Schmoldt (BCE), Hansen (Transnet) und Sommer in dieser Beziehung am offensten, aber grundsätzlich anders verhält sich auch die IG Metall nicht. Nur von ver.di sind stellenweise etwas andere Töne zu hören, aber eine wirklich andere Politik, eine Politik des Widerstands ist auch da nicht zu spüren, wie die immer noch laufenden Gespräche zur Modernisierung des öffentlichen*

Dienstrechts zeigen, Verhandlungen nämlich, bei denen nach Lage der Dinge die KollegInnen nur verlieren können.

Trotz des gesunkenen Vertrauens kontrollieren die Vorstände bisher noch das Geschehen in den Gewerkschaften. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass sich in keiner DGB-Gewerkschaft eine organisierte linke Gewerkschaftstendenz mit nennenswertem Einfluss und bundesweiter Bekanntheit herausgebildet hat. Am weitesten sind diese Bemühungen bisher bei ver.di gelaufen, sicherlich mit ein Grund dafür, dass die ver.di-Führung verbal offener ist und den Regierungskurs deutlicher kritisiert als alle anderen. Aber von da bis zu einer wirksamen Politik gewerkschaftlicher Gegenmacht ist noch ein weiter Weg.

So ist seit Jahren die Gegenwehr blockiert, weil an keiner Stelle eine andere Kraft als die Gewerkschaftsführung potentiell in der Lage war, bzw. nur sie in der Lage schien, den wachsenden Unmut in Widerstandskampagnen umzumünzen.

### **Heißer Sommer ohne DGB**

Die Montagsdemos haben nun die politischen Koordinaten in Betrieb und Gewerkschaft (und ansatzweise darüber hinaus) ein wenig verschoben. Sie haben bewiesen, dass die Wut riesengroß ist, nicht nur, aber vor allem im Osten, und dass Aktionen möglich sind, auch dann, wenn die

Gewerkschaftsführungen schlafen.

Statt aber flugs die Gelegenheit zu ergreifen uns sich an die Spitze der Proteste zu stellen nutzen die Gewerkschaftsführungen die jetzt entstandene Lage, um...mit dem Kanzler wieder ins Gespräch zu kommen. Das Treffen im Kanzleramt diente nur der beiderseitigen Beruhigung. Die Gewerkschaften versprachen, sich nicht in die Anti-Hartz-Proteste einzureihen und bekommen als Gegenleistung.....die Wiederaufnahme des Gesprächsfadens!

Skandalös ist das Verhalten des DGB aber auch aus einem anderen Grund. In der wieder aufgebrochene Diskussion um einen Mindestlohn knüpft der DGB an seine unrühmliche Beerdigung des Antrags 25 auf dem Sonderkongress von 2002 an, als die IGM dafür sorgte, dass die konkrete Zahl von 1500 Euro Mindesteinkommen (so lautete damals der Antrag von IG BAU, ver.di und NGG) rausgestrichen wurde. Die Lohnsenkungsoffensive Hartz IV (Zumutbarkeit jeglicher Arbeit auch zu einem Drittel unter Tarif, 1-Euro-Jobs etc.) beantworten der DGB und die meisten Einzelgewerkschaften damit, dass ein Mindestlohn in die Tarifautonomie eingreife. Hat die Tarifautonomie verhindert, dass 120 Tarifverträge Stundenlöhne unter 6 Euro vorsehen, der niedrigste bei 4,72 Euro, also Löhne weit unter dem Existenzminimum?<sup>1</sup> Der Runde Tisch der Erwerbsloseninitiativen fordert wohl begründet einen

Mindestlohn von 10 Euro die Stunde. Das durchzusetzen wäre ein in jeder Hinsicht lohnendes gewerkschaftliches Ziel, sowohl für die Millionen Betroffenen, die deutlich weniger verdienen, wie für die anderen, deren Einkommen damit von unten her gestützt würde. Ein Mindestlohn erfüllt ganz selbstredend diese beiden Funktionen nur, wenn er hoch genug ist, also so, "dass man davon leben kann" (Margret Mönig-Raane, ver.di).

Die Gewerkschaften zu kämpfenden Organisationen machen ist die strategische Aufgabe für fortschrittliche GewerkschafterInnen in den nächsten Monaten und Jahren. Dies kann aber nur über den Weg einer besseren Organisation der Gewerkschaftslinken gelingen, denn die heutigen Gewerkschaftsführungen sind politisch angepasst, teilweise demoralisiert und organisatorisch unfähig bzw. unwillig. Eine RGO-Politik aber, eine Politik der Schadenfreude über das Versagen der Gewerkschaften und der Spaltung der Gewerkschaften, wäre das Fatalste, was heute passieren könnte. Leider tendieren einige Kräfte am Rande bzw. eher außerhalb der Gewerkschaftslinken in diese Richtung.

Aufgabe der Gewerkschaftslinken ist es, sich als (klassen)kämpferische Strömung innerhalb der Gewerkschaften zu formieren und zu agieren, also auch der Politik der Führung ein positives Beispiel entgegenzusetzen, sie herauszufordern.

Fortsetzung S. 13 linke Spalte

## Einigung bei Bosch Leinfelden: Trotz harter Zugeständnisse war Kampf lohnend

*Im Netzwerk-Info Nr. 2 haben wir über den umfassenden Protest bei Bosch-Leinfelden gegen die Forderungen der Firmenleitung berichtet. Hier nun der neueste Stand:*

*In Verhandlungen erreichte der Gesamtbetriebsrat im Juli eine Beschäftigungssicherung bis zum Jahr 2007, verbunden mit der Ernennung von Leinfelden zum Leitwerk für hochwertige Hämmer. Dadurch wird der Standort noch längerfristig gesichert, weil Funktionen für mehrere Werke in Leinfelden zentralisiert werden.*

*Fortsetzung S. 12*

*An dieser inhaltlichen und organisatorischen Aufgabe werden schließlich auch diverse politische Formationen von der PDS über die Wahlalternative bis zu den unterschiedlichen linken Gruppen zu messen sein.*

*Jakob Schäfer,  
Forum gewerkschaftliche  
Gegenmacht, Wiesbaden*

*1) Der NGG-Vorsitzende  
Möllenberg widerlegt in  
einblick 15/04 die  
Argumente vom  
angeblichen Schutz der  
Tarifautonomie.*

*Bosch wollte ursprünglich eine Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich und zusätzlich weitere Zugeständnisse im Umfang von 7,5 Lohnprozenten. Die hat die Bosch-Leitung nicht bekommen. Sie bekommt jedoch: drei Jahre Verzicht auf die Jahresprämien (in der Größenordnung von über 25% eines Monatsverdienstes) für die Standorte Leinfelden, Sebnitz und Murrhardt; Senkung des Akkord-Durchschnitts von 136 auf 130%; teilweiser Entfall von Überstundenzuschlägen am Wochenende; die Reste der schon früher reduzierten Steinkühler-Pause werden auf Maschinenstillstandszeiten angerechnet.*

*Diese Zugeständnisse sind schmerzlich, aber doch wesentlich erträglicher als das, was die Belegschaft ursprünglich in ihrer Verzweiflung hinzunehmen bereit war. Bemerkenswert ist heutzutage die Aussage des Gesamtbetriebsrats Walter Bauer, der das Ergebnis nicht beschönigt, sondern die Erpressungspolitik von Bosch angesichts der glänzenden Gewinne von 2003 und 2004 als Unverschämtheit bezeichnet.*

*Die Aufmerksamkeit wendet sich nun wieder Bosch Feuerbach, dem größten*

*Bosch-Werk mit über 11 000 Beschäftigten zu. Der Druck der Firma, noch im Juli den Aufbau einer Großserie des Dieselpartikelfilters ab 2007 durch weitgehende Zugeständnisse bei Arbeitszeiten und Einkommen zu erkaufen, wurde vorerst abgewehrt, im September und Oktober gehen die Gespräche weiter. Nach wie vor verlangt die Leitung Einsparungen von 30 Millionen Euro pro Jahr, der Betriebsrat bietet erhöhte Zeitkonten aus Überstunden an, etwa bis zu 150 Stunden als höchste Grenze. Diese würden Einsparungen in wesentlich geringerer Größenordnung bringen. Der Belegschaft hat der Betriebsrat nach Überstundenverweigerungen an zwei Wochenenden zugesichert, dass weitere Zugeständnisse mit ihm nicht zu machen sind. Das Verlangen der Firma, die Lohnunterschiede zwischen Jihlava / Tschechien und Stuttgart zu 100% auf die Beschäftigten abzuwälzen, kann bei der komfortablen Gewinnsituation von Bosch genau wie in Leinfelden nur als Unverschämtheit bezeichnet werden, und so sieht das auch die Belegschaft.*

**Gertrud Moll**

### Impressum:

Das Info des "Netzwerks Gewerkschaftslinker" erscheint vier mal jährlich. Beiträge sind erwünscht. Redaktionsschluss des nächsten Infos ist der 10. Dezember. Redaktionelle Kürzungen sind vorbehalten. Namentlich gezeichnete Beiträge verantworten die Autoren. V.i.S.d.P: Ewald Wehner, Bernd Riexinger, H.G.Lang, Theodor Bergmann. Kontaktadresse: Ewald Wehner, Paul-Gerhardt-Ring 15, 60528 Frankfurt/M.